

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Anben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Gehr. Amthor, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat: 2 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompositionelle
30 Pf., die 90 mm breite Reklamelle 1,50 M., für ausserordentliche An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Vergebungs-
40 Proz. Rabatt. Für Tiefdrucklegung 10 Pf.

Nr. 226

Dresden, Dienstag den 28. September 1926

37. Jahrg.

Poincarés „Ja“ zur Verständigungspolitik

P. Paris, 27. September. (Eig. Drahtm.)

Man wird wohl auch in Deutschland nicht erwartet haben, daß die jüngste Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen Poincaré von einem Saulus zu einem Paulus, den Mann des Vertrages von Versailles und des Ruhrbruchs zu einem überzeugten Apostel der Verständigung und -verständigung verwandelt habe. Was man von ihm erwarten konnte, war lediglich, daß er die von Briand und Stresemann in Thoiry eingeleitete Politik des Ausgleichs durch seine Reden nicht unmöglich machen werde. Das war denn auch tatsächlich der Fall. Poincaré hat sowohl in seiner Sonntagsrede, auf dem Kongress der französischen Kriegsverletzten, wie in seinen Ausführungen, mit denen er am Montag die Session des Generalrates seines Departements in Bar-le-Duc eröffnet hat, mancherlei gesagt, was in Deutschland sicherlich als wenig freundlich empfunden werden und was vor allem den deutschen Nationalisten willkommenen Gelegenheit geben wird, neue Argumente gegen die Politik von Thoiry vorzubringen. Das Entscheidende aber ist, daß er nicht nur nichts gesagt hat, was die Fortsetzung der einleitenden Aussprüche zu erschweren geeignet wäre, sondern

daß er sich ausdrücklich zu dem Gedanken einer Politik der Annäherung und gegenseitigen Verständigung bekennt hat.

Doch er auf den jüngsten Versuch Stresemanns, die Kriegsschuldfrage aufzurollen, in sehr unerbittlichem Tone antwortete, wird um so weniger wundernehmen dürfen, als Poincaré selbst an dieser Frage direkt interessiert ist insofern, als eine Rostpredigt Deutschlands von dem ihm gemachten Vorwurf, den Krieg provoziert zu haben, die Verantwortung seiner eigenen Kriegspolitik bilden muß.

Die am Montag gehaltene Rede Poincarés hatte vorwiegend innerpolitischen Charakter. Poincaré setzte sich darin zunächst eingehend mit den Gegnern seiner Finanzpolitik auseinander, um erst am Schluß auf die außenpolitischen Probleme zu sprechen zu kommen. Lieber die Politik gegenüber Deutschland führte er aus:

Meine Nation sei entschieden dem Frieden zugewandt als Frankreich, dessen Regierung alles Mögliche getan habe, den letzten Krieg zu verhindern. Keine Nation sei durch den Krieg so schwer mitgenommen worden wie Frankreich, dessen reichste Provinzen zum Schlachtfeld der mobilisierten Völker geworden seien. Seit dem Abbruch des Friedensvertrages sei Frankreichs ausschließliches Bemühen darauf gerichtet gewesen, dessen Bestimmungen getreulich zu achten und über deren Annahme durch die anderen zu machen. Frankreich, das mit keine andere Nation mit Eifer und Entschlossenheit dem Friedenswerk des Völkerbundes beigetragen habe, verlange nichts als die dauernde Erhaltung seines wiederhergestellten

Territoriums und die regelmäßige Bezahlung der versprochenen Reparationen. Es habe sich niemals geweigert, lokal mit interessierten Parteien zu verhandeln. So berechtigt auch seine Bescheidenheit in der Vergangenheit gewesen sein möge, so habe es doch niemals verfehlt, dem Geiste von Gerechtigkeit gegenüber eine Politik der Ränke und des Hasses zu verfolgen.

Seine wie getrennt bei Frankreich zu jedem Versuch einer Annäherung bereit unter der Bedingung, daß dieser mit den Verträgen und Bündnissen im Einklang steht und daß er die Verantwortung der kaiserlichen Regierung am Kriegsausbruch außer Zweifel lasse und daß seine Aufrichtigkeit durch schlüssige und im voraus zu erbringende Beweise der fertigt werde. Frankreich schied sich selbst und seinem Angestrübten Europa und allen Völkern der Welt, daß alles in seinen Kräften Stehende zur, um der Menschheit eine bessere Zukunft zu sichern. Frankreich werde sich dieser Verpflichtungen nicht entziehen, aber man werde andererseits sich nicht wundern dürfen, wenn es angesichts der Ungewißheit der Zukunft lieber seine vertraglichen Rechte opfern noch seine Hochamtlichkeit einschränken wolle.

Die Versöhnungspolitik erhält Leben

P. Paris, 28. September. (Eig. Drahtm.) Ministerpräsident Poincaré ist am Montag sofort nach seiner großen Rede in Bar-le-Duc wieder nach Paris zurückgekehrt. Die große Informationspresse nimmt heute morgen mit keinem Wort zu der Rede Stellung, natürlich nennt sie die Rede in größter Aufmachung die Sensation der Tages. Der Quotidien widmet der Rede einen langen Artikel, worin er sich vollständig mit ihr einverstanden erklärt. Auch die „Gazette“ stimmt der Rede Poincarés durchaus zu. Das Blatt stellt fest, daß Poincaré zwar die Politik der Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich ein großes Aber fest, daß er jedoch immerhin Ja zu Ja sage. Diese Politik, die die Linke schon seit langen Jahren gewünscht habe, erhalte heute Leben durch den Willen eines Nobilitäts der nationalen Einigung, unter einem Ministerpräsidenten, der die engerste Auffassung von Patriotismus verkörpert. Das Besondere in der Rede Poincarés läge aber gerade darin, daß er die neue Politik annehme. Das sei eine Entwicklung, aber kein Stellungswort.

Aufkauf der Gold- und Silberstücke

P. Paris, 28. September. (Eig. Drahtm.) Der erste von Frankreich brachte einen ungeheuren Ansturm auf der Provinz. Die Bank kauft für ein 20-Frank-Stück in Gold 114,70 Frank und für ein 5-Frank-Stück in Silber 18,25 Frank. In Paris wird der Austausch des ersten Tages auf die Schalter für etwa 150 000 Menschen geschätzt. In den größeren Provinzstädten betragen die eingenommenen Summen 100 bis 200 000 Goldfrank.

Bischöfe gegen Reichsbanner

Eine Stimme aus dem Zentrum

Von einem auf dem Boden der demokratischen Republik stehenden Zentrumswann wird uns geschrieben:

Eine Berliner Montagszeitung hat bisher unabweisend die Nachricht veröffentlicht, daß im Zentrum eine maßgebende Bewegung gegen das Reichsbanner im Gange ist. Denjenigen, die Einblick in die Verhältnisse haben, ist das nichts Neues. Denn es ist Tatsache, daß die Konferenz der bayerischen Bischöfe in Freising sich gegen das Reichsbanner ausgesprochen hat. Es ist weiter Tatsache, daß die Bischofskonferenz in Fulda im August sich mit der Frage befaßt hat, ob und was eventuell (1) das Reichsbanner unternommen werden solle. Und schließlich, und das ist politisch das Bedeutsamste, steht es bereits fest, daß sich der Reichsparteiausschuß des Zentrums am 31. Oktober mit der Frage befassen wird, wie sich das Zentrum in Zukunft zum Reichsbanner stellen soll.

Die Aktion gegen das Reichsbanner, die jetzt geplant ist, hat eine interessante Vorgeschichte. Das Zentrum im Reichstag hat in der Frage der Fürstenabfindung im Frühjahr dieses Jahres eine verhältnismäßig passive Rolle eingenommen und wollte mit Rücksicht auf die Stimmung der katholischen Arbeiter die Dinge laufen lassen, wie sie liefen. Die Teilnahme weiter Schichten des katholischen Volksteils am Volksbegehren im März hatte den Zentrumsführern gezeigt, wie sehr sie sich mit jeder Fürstenabfindung in Widerspruch zu großen Schichten ihrer Wählerschaft setzen würden. Als daher der Erlaß der deutschen Bischöfe gegen den Volksentscheid veröffentlicht wurde, der den Katholiken die Abstimmung mit „Ja“ verbieten wollte, da wußten die einsichtigen Zentrumsführer sofort, daß Hunderttausende von Katholiken diesem bischöflichen Rufe nicht Folge leisten würden. Hinter den Kulissen fiel mondsicherte Worte über diesen Eingriff der Bischöfe in politische Angelegenheiten.

Dieser Vorstoß der Bischöfe gegen den Volksentscheid war zustande gekommen durch eine Aktion katholischer Rechtsfreier. Der katholische Adel, der den internationalen Katholikenauschuß und der rechte Flügel des Zentrums beigen vielleicht keinen großen Einfluß mehr im Parlament. Um so größer ist ihr Einfluß beim katholischen Episkopat. Der „Berein katholischer Edelleute Deutschlands“ ist tatsächlich durch seine Beziehungen zu den Bischöfen ein Machtfaktor, dessen Einfluß nicht unterschätzt werden darf. Die Grafen Galen, Präscha, Genckel von Donnerstern, Schenk von Schönbürg, Glauhaus usw. usw. erfreuen sich bei einem nicht geringen Teil der katholischen Bischöfe noch immer großer Beliebtheit. Diese Männer sind geschworene Feinde der Republik. Fürst Alois zu Löwenstein nennt die Republik „eine aus Meinel und Hochverrat geborene Staatsform“. Die andern Mitglieder des katholischen Hochadels wählen mehr im Hintergrunde. Die Aktion des Grafen Schönbürg-Glauhaus bei Kardinal Vertram, die das Einverständnis des Episkopats gegen den Volksentscheid forderte und im wesentlichen auch erreichte, zeigt deutlich, wie tätig und entschlossen der reaktionäre Teil des katholischen Adels ist.

Als trotz dem Verbot der Bischöfe fast die Hälfte der Zentrumswähler am 20. Juni für den Volksentscheid stimmte — von den übrigen Katholiken ganz abgesehen —, ergriff die katholischen Bischöfe angesichts ihres Mißerfolges eine heillose Angst. Sie hatten in der Tat eine Niederlage erlitten, wie sie in dieser Form noch nie da war. Es haben sich alle Warnungen berichtig erfüllt, die davon abgeraten haben, daß sich die Bischöfe in diese rein politische Angelegenheiten mischten. Anstatt nun aus dieser unangemessenen und schädlichen Einmischung in die Politik eine Lehre zu ziehen, tat man das gerade Gegenteil, man versuchte einen Sündenbock zu finden. Man wollte ihn im Reichsbanner finden.

Ganz systematisch wurde plübiisch hinter den Kulissen die Meinung verbreitet, daß die Haltung der katholischen Wählerschaft beim Volksentscheid auf das enge Zusammenarbeiten der katholischen Jugend mit Demokraten und Sozialdemokraten im Reichsbanner zurückzuführen sei. Es bestche die Befürchtung, so wurde weiter erklärt, daß die katholische Jugend durch ihre Zusammenarbeit im Reichsbanner mit Sozialdemokraten und Demokraten religiös indifferent werden könne. Niemand hätte sich ein so großer Teil der katholischen Wählerschaft dem Erlaß der Bischöfe gegen den Volksentscheid zu widersetzen gewagt, wenn nicht durch das Reichsbanner die Voraussetzung geschaffen worden wäre. Diese Gedankengänge wurden langsam, aber sicher in die Kanäle der Zentrumspresse geleitet. Außerdem setzte ein gut vorbereitetes systematisches Trommeln in der gesamten Presse der Vaterländischen Sozialisten und in einem nicht geringen Teil der deutschnationalen Presse in demselben Sinn ein.

Wenn man nun die gegenwärtige Stimmung im Zentrum richtig beurteilen will, darf man nicht das Berliner Zentralorgan, die Germania, zum Maßstab nehmen, sondern muß die Provinzpresse betrachten. Die Provinzpresse des Zentrums glaubt nicht mehr die geringste Rücksicht nehmen zu müssen auf die Tatsache, daß der Vorsitzende des Zentrums, der jetzige Reichskanzler Dr. Marx, noch im April 1925 Lobeshymnen auf das Reichsbanner angestimmt hat; das war allerdings zu einer Zeit, wo man im Interesse der

Die Aktenschieber aus — Sittlichkeitsgründen

Wie Ruhmann, Anoll und Kompanie den Barmastandal aufzogen

D. Berlin, 28. September. (Eig. Drahtm.) Vor der Verurteilungskammer des Berliner Landgerichts I begann am Montag der zweite Prozeß gegen den Staatsanwaltschaftsbeamten Ruhmann und den Major a. D. Anoll, die sich wegen Aktenschleppung in drei Fällen und wegen Hausfriedensbruchs zu verantworten haben. Wegen des fiktiven freisprechenden Urteils des Schöffengerichts hatte die Staatsanwaltschaft Verurteilung eingeleitet. Es handelt sich bekanntlich darum, daß Ruhmann, der die Untersuchung in den Affären Wärm und Müller führte, seinem Freunde Anoll Aktien überließ, die dieser dann

politisch verwerfete und ausschaltete. Bei seiner Vernehmung gab Ruhmann zu, den Ribangellagten Anoll als „seinem Vertrauensmann“ die amtlichen Aktien ausgehändigt zu haben. Er gesteht auch ein, vor dem Oberstaatsanwalt die Unwahrheit gesagt zu haben, angeblich, weil er in ihm „einen Exponenten des Willens der Sozialdemokratie“ gesehen habe und das Gefühl hatte, „den Sozialdemokraten geopfert werden zu sollen“. Auch der Angeklagte Anoll bekennt sich strafbar gemacht zu haben. Seine Artikel in der Rechtszeitschrift habe er nur aus „Sittlichkeitsgründen“ geschrieben, ein politischer Kämpfer sei er nicht. Am weiteren Verlaufe der Vernehmung bekennt Anoll plübiisch, die Aktien über Verrechnungen Ruhmanns in Holland mit nach Hause genommen und abgeschickt zu haben. Früher hatte er diesen Tatbestand angegeben.

Wie man zusammenarbeitet, ergab sich aus dem Geständnis über die Verschaffung eines geheimen Aktienkurses. Anoll trat sich damals mit dem Staatsanwaltschaftsbeamten Dr. P. P. P., der ihn dabei auf die Wichtigkeit des Verkehrs aufmerksam machte, den er in seiner Aktensache habe, aber nicht ausbilden dürfe. Daraufhin ging Dr. P. P. P. hinan — und Anoll nahm den Bericht an sich und ließ ihn abschreiben. Die Akt Dr. P. P. P. betraf die Verrechnung der Aktien, die die Schöffengerichte herausgenommen war. Er nickte zustimmend und verabschiedete sich. Am nächsten Tage ließ er Anoll durch Ruhmann bitten, daß er den Bericht bald zurück haben wolle. Ein Ministerialrat dem obersten Rechnungshof bezog, daß Dr. P. P. P. den Bericht nur unter ausdrücklichen Hinweis auf strengste Diskretion und nur für die Dienstzwecke der Staatsanwaltschaft ausgedrückt erhalten habe. Dr. P. P. P., der dann über den Vorfall mit der Tendenz des obersten Rechnungshofes vernommen wurde, bekennt, zu wissen, daß sich Anoll Abschriften anfertigen ließ. In der Art der Zustellung und Ueberlassung des

Berichts an Anoll habe er „nichts Verwerfliches“ gefunden. Der Generalstaatsanwalt gegen die Verurteilung des jetzigen Belpet werden erhob, blieb er aus formellen Gründen unterbeig. Die Weiterverhandlung wird noch mancherlei Duffiges über die Hintergründe der Dinge gegen die Sozialdemokratie anlässlich des Falles Wärm ergeben. Hier offenbart sich, wie die Staatsanwälte gegen die Sozialdemokratie arbeiten — „aus Sittlichkeitsgründen“.

Reichswehr bei monarchistischen Paraden

Am Sonntag marschierten in Rostock anlässlich einer Denkmalerrichtung Vertreter aller monarchistischen Verbände Weidenburg auf. Als Ehren Gäste waren in das Programm eine ganze Reihe monarchistischer Exzellenzen und Generale eingeschrieben, darunter auch „S. M. Kaiser Wilhelm II.“ und Freiherr von Lütjens. „Exzellenz General der Infanterie v. d. Z. Infanterie-Regiments 6 war an der Veranstellung einer ganzen Kompanie und der Regimentskapelle beteiligt. Wie begründet der Reichswehrminister das?

Vor Abschluß des Europatruffs

P. Paris, 28. September. (Eig. Drahtm.) Wie das Unternehmerrgan „Journal Industrielle aus Luxemburg zu melden weiß, gehe man in den Kreisen der luxemburgischen und deutschen Schwerindustrie sich bereit, der belgischen Forderung auf Beibehaltung des Kontingents nachzugeben, wenn auch unter bestimmten Bedingungen. Außerdem wolle man die Bestimmungen über Brämlen und Kontingentsstrafen abändern. In den nächsten Tagen werde eine neue Zusammenkunft der Vertreter der Schwerindustrie in Paris stattfinden. Man beachtete, wenn irgend möglich, den internationalen Wirtschaftsbund noch vor dem 1. Oktober unter Dach und Fach zu bringen, um hoffe, daß das angeführte der Belgier gemachten Überhandnahme tatsächlich gelingen werde.

Daß der Eisen-Stahl-Trust zustande kommt, un'erliegt keinen Zweifel. Die Schwierigkeiten der Verteilung des Profits, die allein noch vorliegen, werden durch die Aussicht auf den goldenen Fiskus bald überwunden sein.

19. 1926